Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 2

Artikel: Die Zollpolitik des Bundesrates

Autor: Huggler, August

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328149

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

daß man nicht den Schein für die Wirklichkeit hält und daß man nicht im Streit um revolutionäre Glaubensfäße den wirklich revolutionären Rlassenkampf mit dem Gegner, mit dem Rapitalismus, vernachlässigt, wenn nicht gar übersieht.

Die Zollpolitik des Bundesrates.

Von August Suggler.

1. Die Tragweite der Zollerhöhungen.

Ohne im eigentlichen Sinne des Wortes freihändlerisch zu sein, sieht sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gezwungen, die Zollpolitik, wie sie gegenwärtig vom Bundesrat betrieben wird, aufs schärfste zu bekämpfen. Mußte man einer Regierung gegenüber, die mit Fug und Recht als Instrument der wirtschaftlich Mächtigen des Landes bezeichnet werden darf, sich auf allerhand gefaßt machen, so übertrifft das, was nun der Bundesrat dem Bauernbund und Gewerbeverband zulieb sich in Ausübung seiner Vollmachten auf dem Gebiet der Zollerhöhungen leistet, die schlimmsten Befürchtungen. Sowohl in der vorberatenden Rommission als im Rat selbst hat man die Gegner der neuesten Zollerhöhungen zu täuschen versucht und vielfach tatsächlich getäuscht. Wie ist das möglich? So etwas sollte doch in einer anständigen Demokratie nicht vorkommen. Man hat versucht, durch einseitige Darstellung der Importziffern bei den naiveren Rommissionsmitgliedern den Eindruck zu erwecken, daß ohne starke Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen die inländische Produktion in kürzester Zeit den Inlands= markt an die ausländische Konkurrenz verlieren müsse. Daß der inländische Handel schon lange vorher sich große Vorräte an Valutawaren angelegt hatte, blieb ebenso verschwiegen, wie die Tatsache, daß ein ansehnlicher Teil der importierten Produkte wieder ins Ausland wandert.

Die Gegner der bundesrätlichen Vollmacht zur Defretierung von Zollerhöhungen sind in der Rommission und im Rat insofern getäuscht worden, als in der Rommission die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, die neuen Zollansäße sollen nur ausnahmsweise den anderthalbfachen Vetrag der alten übersteigen und dem Nationalrat ist die Zusicherung gegeben worden, der Vundesrat werde einen mäßigen Gebrauch von seinen Rompetenzen machen. Wie sehr die Vegriffsbestimmung über das, was für den Vundesrat mäßig heißt, von unserer Auffassung abweicht, soll an Sand praktischer Veispiele gezeigt werden:

Alte und neue Zollansätze für einzelne zur Lebenshaltung notwendige oder für die Volkswirtschaft wichtige Produkte.

	Bezeichnung der Ware:	Zollansätze:			
		1906 General=	alt Gebrauchs-	neu Gebrauchs	Differenz
Zolltarif	per 100 Kiso	tarif Fr.	tarif Fr.	tarif Fr.	0/0
Nummer	1. Nahrungs- und Genußmittel	044	0**	044	-10
1-7	Weizen, Roggen, Safer,				
	Gerste, Reis, Mais u.	20	20	CO	100
8-10	andere Getreidearten. Vohnen, Erbsen u. andere	30	30	60	100
0-10	Sülsenfrüchte	30	30	90	200
18	Mehl in Gefäßen v. 5 Rilo	•••	•••	100	200
	und weniger	20.—		40.—	100
19	Rindermehl	20.—		50.—	150
20	Brot	2.—	frei	5	150
21	Zwieback	15.—	"	40.—	166
23 35	Obst u. Beeren frisch	frei 1.—	̈́30	2.— 5.—	400
36a)	Rastanien	15.—	frei	5.—	400
36b)	Orangen	15.—	"	15.—	and an extensive
40a)	Rohl, gelbe Rüben, frisch	frei	"	3.—	
406)	Andere Gemüse, frisch .	,,,		10.—	(8)
41	Ronserv. Gemüse, offen .	10.—	5.—	15.—	50
45	Rartoffeln	frei	frei	2.—	
46	Gewürze, nicht gemahlen	15.—		50.—	233
47 54	Ooffee rah	20.—	1.—	80–100 5.—	300–400 150
55	Raffee, roh	10.—	5.—	12.—	20
58	gebrannt	10+	•		
	und mehr	25.—		50.—	100
59	Tee in Gefäßen v. 5 Kilo				0 0
	und weniger	40		75.—	88
71	Sonig	40		120.—	300
72/73	Speiseöle in Gefäßen von	2-3		10.—	200-400
76a)	mehr als 10 Kilo Ralbfleisch, frisch geschlachter		15.—	45.—	164
76b)	Schweinefl., " "	17.—	10.—	70.—	311
76 c)	anderes " "	17.—	10.—	35.—	105
77 c)	Gefrierfleisch		15.—	40.—	annualistis.
77a)	Schinken	20.—	14.—	75.—	260
80	Wurstwaren	35.—	20.—	75.—	113
86 92	Eier	5 7	1.—	15.— 15.—	200 114
93	Rondensmilch	15.—	7	20.—	33
95	Schweineschmalz	5.—		20.—	300
98/99	Räfe	12-20	4-10	20	error and service (CO)
	Schlachtvieh (Ochsen, Rühe	,			# W
	Rinder), per Stück	50.—	27–30	80 = 100	60 = 100
143-144	Schweine, per Stück	15.—	10.—	40 = 50	233 = 250

Die vorstehende Tabelle zeigt recht deutlich, wie der Bundesrat in der Ausübung seiner Vollmachten bei der Festsekung von
Zollerhöhungen auf wichtigen Nahrungsmitteln sein Versprechen gehalten hat. Die Zollerhöhungen betragen nur
ausnahmsweise weniger als 150 Prozent
gegenüber dem Generaltarif, wie er im Geset
des Jahres 1902 vorgesehen ist. Wenn wir die Ansähe des
Gebrauchstarises als Vergleichsbasis wählen, wodurch erst die
praktische Wirkung der neuesten Zollerhöhungen deutlich sichtbar
wird, dann kommen Steigerungen um 300 und
400 Prozent als Regel für diese Positionen in Vetracht!

Aber auch für alle anderen Bedarfsartikel muß der Konsument dem Bund einen wesentlich höheren Tribut entrichten.

Siefür sprechen die folgenden Beispiele:

Bezeichnung der Waren: Bebrauchstarif	Neuer Tarif					
per 100 Kilo Fr.	Fr.					
Leber 16—24	50—75					
Schuhe (aus Rind- und Kuhleder) 65.—	180.—					
" (aus Ralbleder) 80.—	240.—					
Bauschreinerwaren 10.—	25.—					
Fässer 6.—	25.—					
Papier, roh 5.—	15.—					
" liniert 12.—	35.—					
Wollgewebe	90—120					
Wollbänder 65.—	200.—					
Hemben aus Vaumwolle 90.—	300.—					
Andere Leibwäsche 90—130	300.—					
Rleidungsstücke für Serren und Knaben:						
aus Baumwolle 75.—	200.—					
aus Wolle 140.—	400.—					
Rleidungsstücke für Damen:						
aus Vaumwolle 90.—	300.—					
aus Wolle 150.—	400.—					
Site aus Stroh 200.—	420.—					
" " Saarfilz	520.—					
// ORAMETA 160	420.—					
" " 200ujug 100.—	*****					

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch Bedarfsartikel wie z. B. Nähmaschinen, Kinderwagen u. dgl. um zirka 300 Prozent gegenüber dem bisherigen Gebrauchstarif erhöht wurden.

2. Weitere Lasten.

Genug des grausamen Spiels, mag der arme Konsument ausrufen, wenn er diese Zahlen auf sich einwirken läßt. Leider ist das, was in unseren Vergleichen dargestellt wird, nicht die ganze Mehrbelastung, die der Konsument wird tragen müssen. Die Verpackung nuß mitverzollt werden. Zu den erhöhten Zoll-

ansähen kommen diverse Gebühren für Einfuhrbewilligung, deren Tragweite wir nicht präzisieren können. Ferner ist mit der Tatsache zu rechnen, daß der inländische Handel nicht nur die Differenz der höheren Zölle auf den Warenpreis schlägt, sondern er rundet auf, soviel als ihm die Ronkurrenzverhältnisse aufzurunden gestatten. Die höheren Zölle und mit diesen zusammenwirkend die Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrverbote gestatten unseren Händlern aufzurunden, was das Zeug hält.

Jedenfalls wird jest jedermann klar, warum es mit dem Preisabbau nicht vorwärts geht, warum sogar schlechte Valuta-

ware viel zu teuer bezahlt werden muß.

Das alles gilt für die Konsumenten allgemein. Für die Arbeiterbevölkerung im besonderen kommen für die Beurteilung der Wirkungen solcher Maßnahmen noch eine Reihe besonderer Faktoren in Vetracht.

Zunächst die Tatsache, daß die Zollerhöhungen uns in der Zeit einer Wirtschaftskrise treffen, wie sie schärfer die schweize=

rische Volkswirtschaft noch nie heimgesucht hat.

Seute zählen wir schon über 150,000 ganz oder teilweise Arbeitslose, bald werden es 200,000, wenn nicht mehr sein. Diese Arbeitslosen, von denen ein großer Teil noch für Familienangehörige zu sorgen hat, müssen aus Unterstützungsgeldern und aus Gelegenheitsverdienst, d. h. mit wesentlich geringerem Verdienst leben, als vorher bei voller Beschäftigung. Aber nicht nur die ganz oder teilweise Arbeitslosen, auch die überwiegende Mehr= zahl der übrigen, d. h. vollbeschäftigten Arbeiterschaft, erleidet starke Verdiensteinbuße infolge des Lohnabbaues. Die Krise schafft den Unternehmern oder Arbeitgebern die erwünschte Gelegenheit, die Arbeitslöhne herabzuseken. Die Arbeiterpresse bringt seit Monaten immer wieder Klagen über Lohnreduktionen, die in einzelnen Fällen mehr als 30 Prozent der früheren Löhne ausmachen. Geängstigt durch die Gefahr, entlassen zu werden, wagt der einzelne Arbeiter nicht, sich gegen solche Maßnahmen energisch zu wehren. Angesichts der Krise und der großen Zahl von Arbeitslosen sind auch die größten Gewerkschaften kaum mehr imstande, sich in umfangreiche Rämpfe mit den Unternehmern einzulassen. In dumpfer Verzweiflung müssen Tausende zusehen, wie ihre Lebenslage sich von Tag zu Tag verschlechtert, weil durch die Wirkungen der Krise und der neuesten Maßnahmen des Bundesrates Unternehmer und Rapitalisten, Bauern und gewerblicher Mittelstand ihre Positionen letzten Endes auf Rosten des Proletariats retten. Wie weit den besitzenden Rlassen ihre eigene Rettung auf solche Weise gelingen wird, ist eine Frage für sich. Sicher ist jedenfalls, daß die besitzlose Bevölkerung, daß die Arbeiter unter solchen Zuständen unfäglich leiden müssen.

3. Wozu die hohen Bölle?

Wenn infolge der direkten und indirekten Wirkungen solcher Maßnahmen die Rosten der Lebenshaltung einer Familie um 300 und mehr Franken pro Jahr verteuert werden oder die ärmeren Familien gezwungen werden, ihre Lebenshaltung derart einzuschränken, daß sie im vollen Sinne des Wortes Not leiden, darf mit Necht die Frage aufgeworfen werden: Welche Motive hat der Bundesrat, um eine solche Politik zu rechtsertigen? Auf diese Frage antwortet der Bundesrat mit zwei Sauptargumenten:

- 1. Schutz der einheimischen Produzenten vor der ausländischen Konkurrenz;
- 2. Notwendigkeit der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt.

Es widerspricht zwar der elementarsten Logik in der Beurteilung der Wirkungen zollpolitischer Maßnahmen, daß solche gleichzeitig als Schußzölle und als Finanzzölle wirken können. Schraubt man die Zollansäße so hoch, daß sie die ausländische Ronkurrenz fernhalten, dann kommt eben nichts herein und die Zollkassen bleiben leer. Will man viel Geld aus den Zöllen gewinnen, dann dürfen nur solche Produkte mit hohen Unsäßen belastet werden, die im Inland nicht oder in so geringer Menge hergestellt werden, daß der Import durch die erhöhten Zölle nicht stark behindert wird. In diesem Falle bleibt die Schußwirkung für die inländische Produktion aus.

Um so einfache Dinge scheint sich der Bundesrat nicht zu

fümmern.

Daß die Krise und die Valutamisere für Industrie und Gewerbe außerordentlich schwierige Verhältnisse zeitigen, ist klar, aber ebenso klar ist, daß noch nie eine Wirtschaftskrise durch Einfuhrbeschränkungen oder Zollerhöhungen beseitigt werden konnte. Das letztere gibt übrigens der Vundesrat selber zu, indem er in seiner Votschaft vom 24. Januar 1921 sich über diese Seite der Frage wie folgt äußert:

"Soweit auch die schweizerische Produktion unter dieser allgemeinen Weltkrisss leidet, kann ihr auch durch Einfuhr-

beschränkungen nicht wesentlich geholfen werden.

Einfuhrbeschränkungen können ferner den eigentlichen Exportindustrien, die zum überwiegenden Teil auf die Ausfuhr angewiesen sind, keine nachhaltige Silfe bringen. Wenn eine Exportindustrie allerdings noch in erheblichem Maße für den Inlandsverbrauch arbeitet, kann für sie die Krisis durch Schutz des Inlandsmarktes einigermaßen gemildert werden. Aber gerade die Rücksicht auf die spezisischen Exportindustrien bedingt große

Schwierigkeiten der Einfuhrbeschränkungen, die in den internationalen Kandelsbeziehungen begründet sind. Wenn auch allgemein die Verhältnisse während des Krieges dazu geführt haben, daß von einzelnen Staaten mit Rücksicht auf die heimische Volkswirtschaft gewisse Modisikationen an den Vestimmungen der Kandelsverträge vorgenommen werden, ob der beabsichtigte Schuß eines Gewerbes, das für den Inlandsmarkt fabriziert, nicht zu teuer erkauft wird mit der Gefährdung einer Industrie, die auf den Export angewiesen ist. Einsuhrbeschränkungen können eventuell den für die ganze Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Preisabbau hemmen oder mindestens verlangsamen."

Was der Bundesrat da sagt, gilt nicht nur für Einfuhrbeschränkungen (Rontingentierung und = Verbot), sondern ebensosehr für die Zollerhöhungen. Was der Bundesrat nur indirekt andeutet, das sind die Gegenmaßnahmen des Auslandes, die unsere Exportindustrie treffen und die zu einer Verschärfung der Rrise sühren müssen. Was er nicht sagt, das ist, daß, wenn Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen den Preisabbau hindern und die Arbeitslosigkeit vermehren, die Raufkraft der Arbeiterbevölkerung derart zurückgeht, daß dadurch ein neues, die Rrise

verschärfendes Element entsteht.

Nachdem der Bundesrat sowohl in den Kommissions= wie in den Ratssitzungen auf diese Wirkungen seiner Zollpolitik aufmerksam gemacht und namentlich von den Vertretern der Sozial= demokratischen Partei eindringlich gewarnt wurde, nachdem er in seiner Votschaft selber das Gefährliche seiner Maßnahmen

anerkennt, darf mit Recht behauptet werden:

Die Krise und die Furcht der inländischen Produzenten vor der Uebermacht der ausländischen Konkurrenz dienten lediglich als Vorwand, um die beabsichtigten Zollerhöhungen durchzustrücken. Daß damit die Krise wesentlich gemildert werden könnte,

glaubt der Bundesrat selber nicht.

Die Einfuhrbeschränkungen sollten dazu dienen, die Gewerbetreibenden, die Industriellen und Rleinkrämer für die Zollerhöhungen zu gewinnen. Dabei glaubte der Bundesrat, nicht nur ein politisches Geschäft für sich, ein wirtschaftliches für die Bauern, sondern gleichzeitig ein siskalisches Geschäft zugunsten der Bundesfinanzen zu machen.

Was den letzteren Punkt anbetrifft, so hat es bis jetzt den

Unschein, daß sich der Bundesrat verspekuliert habe.

Nach den neuesten Meldungen wären die Zolleinnahmen für den Monat August 1921 um mehr als zwei Millionen niedriger als für den gleichen Monat des Vorjahres, für die 8 Monate Januar bis August 1921 soll eine Mindereinnahme aus Zöllen um 7 Millionen (rund) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen sein.

Wo will nun Herr Bundesrat Musy die 130 Millionen hernehmen, die ihm die Zollerhöhungen bringen sollten? Die

Sache sieht bedenklich aus!

Sicher ist, daß, abgesehen von vereinzelten kleinen, d. h. für die gesamte Volkswirtschaft unbedeutenden Verufsgruppen, eigentlich nur zwei größere Wirtschaftsgruppen aus den Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen Vorteil zogen.

Es sind die Händler, die schlau genug waren und Geld oder Kredit genug hatten, um vor Inkrafttreten dieser Maßnahmen große Mengen Auslandswaren zu importieren, ferner die Vauern, denen die Wirtschaftskrise bisher nur

wenig anhaben konnte.

Die ersteren, die als rücksichtslose Ausbeuter des Volkes jede Gelegenheit ausnüßen, um sich zu bereichern, verdienen den besonderen Schuß des Staates nicht, im Gegenteil, sie hätten gezwungen werden sollen, ihre Ware zu billigeren Preisen ab-

zugeben.

Was die Vauern anbetrifft, so erscheint ihr Vegehren auf vermehrten Schut durch hohe Zölle auf Lebensmitteln und land-wirtschaftlichen Produkten zurzeit um so mehr ungerechtsertigt, weil die schweizerische Landwirtschaft während der Kriegsjahre ihre Existenzlage bedeutend verbessert hat, weil sie auch für die nächsten Jahre noch mit einer relativ günstigen Konjunktur rechnen darf, jedenfalls von den Wirkungen der Krise viel weniger bedroht wird als die Vevölkerung der Industriezentren, endlich, weil der Schut, der ihr durch das Mittel der Zollerhöhungen gewährt wird, vorwiegend auf Kosten einer Volksschicht geht, die sich in einer sehr schlimmen Lage befindet, nämlich auf Kosten der Lohnarbeiter.

4. Was nun?

Es genügt nicht, zu kritisieren, man soll auch sagen, wie es besser gemacht werden kann. Diese oft gehörte Bemerkung trifft uns zwar nicht, denn wir haben seit Jahren den Bundesrat — leider vergeblich — gemahnt, ganz andere Maßnahmen zu treffen,

als die eben kritisierten.

Wenn die Sozialdemokratie gegen Finanzzölle sich ausspricht und dies von jeher getan hat, so nicht deshalb, weil sie dem Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Mittel vorenthalten will, sondern deshalb, weil die Finanzzölle indirekte Steuern sind, die am schwersten die großen Familien treffen, die vom armen Teusel ebensoviel fordern wie vom reichen Manne. Dieses Unrecht werden wir stets bekämpfen. Wir werden stets auch gegen Zollgesete kämpfen, die auf dem Weg dringlicher Bundesbeschlüsse unter Mißachtung des Referendumsrechtes geschaffen wurden. Vor Jahren, als noch sehr viel von den besitzenden

Rlassen zu holen war, hat die Sozialdemokratie die direkte Bundessteuer, Kriegsgewinnsteuer, Abgabe von großen Vermögen u. dgl. gefordert. Ferner haben wir das Tabakmonopol

zur Finanzierung sozialer Werke verlangt.

Abgesehen von der zu spät beschlossenen und sehr mäßig gehaltenen Kriegsgewinnsteuer hat der Zundesrat selber gegen unsere Forderungen Stellung genommen. Seute sind rund 86,000 Unterschriften für die Initiative auf Vermögensabgabe beisammen, was den Zundesrat nicht hindern wird, gegen diese Initiative sich auszusprechen.

Seit Jahren haben wir immer wieder den Bundesrat ersucht, den Sandel zu kontrollieren, eventuell durch Zwangsmaßnahmen ihn zum Preisabbau zu zwingen. Seute bricht sich in einzelnen Kreisen des Bürgertums die Einsicht Bahn, daß mit dem Preis- und Prositabbau begonnen werden muß, wenn ein Ausweg in der Richtung der Verbilligung der Produktion

gefunden werden soll.

Ist es unsere Schuld, wenn die Einsicht so spät kommt, wenn man bisher über unsere Vegehren gespottet hat? In den Rellern der Nationalbank liegen etliche hundert Millionen Metallgeld, die nur dazu dienen, unsere Valuta hochzuhalten. Warum nicht einen Teil dieses Geldes für die Erstellung billiger Wohnungen ausleihen zu billigem Iins, eventuell zinsfrei? Warum nicht das Kapital im Interesse des Volkswohls mobilisieren, durch Iwangsanleihen die Mittel beschaffen, um der bedrängten Industrie zu Silfe zu kommen? Warum nicht die Militärausgaben einschränken und die dadurch gewonnenen Mittel zur Silfeleistung für Notleidende verwenden?

Das alles kümmert die herrschenden, die besitzenden Klassen unseres Landes wenig, so lange die Sozialdemokratische Partei zu schwach ist, sie zu zwingen, diesen Forderungen Gehör zu schenken, weil die Mehrheit der Arbeiterschaft keine Zeit oder "Wichtigeres" zu tun hat, als sich politisch zu organisieren und für ihre gemeinsamen Interessen mit dem organisierten Prole-

tariat zu kämpfen.

Es genügt nicht, daß einige Zehntausend sich im Rampf um die Existenz ihrer Klasse aufopfern. Die Erfahrungen, die wir jest mit der Zollpolitik des Bundesrates machen müssen, beweisen, daß die besitsenden Klassen so lange nur ihren eigenen Interessen entsprechend handeln, als die mehrere hunderttausend uns fernstehenden Alrbeiter und Alrbeiterinnen gar nicht daran denken, uns zu helfen.

Sich organisieren, mit uns kämpfen oder in Not und Elend zugrunde gehen, das ist die Alternative, vor die der Lohnarbeiter heute gestellt ist, in der Schweiz wie in anderen Ländern!